

**Sitzungsvorlage Gemeinderat – 15.01.2026 – 17:00 Uhr – Sitzungssaal
Historisches Rathaus Informationen**

Übersicht

Öffentlicher Teil:

Ö 1
Aktionsprogramm Sichere und Saubere Stadt Sachstandsbericht zur Neuauflage des Programms

Ö 2
Vollsperrung im Zuge des Neubaus Radweg Heiningen-Waldrems – Sachstandbericht

Ö 3
Anschluss Sachsenweiler an die Kläranlage Neuschöntal – Sachstandsbericht

Ö 4
Baugesuche

Ö 5
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Ö 6
Anträge der Fraktionen/Stadträte

Ö 7
Verschiedenes

Ö 8
Bekanntgaben

Ö 9
Anfragen



Große Kreisstadt Backnang
Sitzungsvorlage

N r . 001/26/GR

Federführendes Amt	Dezernat III, Stabstelle Klimamanagement		
Behandlung	Gremium	Termin	Status
zur Kenntnis	Ausschuss für Technik und Umwelt	15.01.2026	öffentlich
zur Kenntnis	Gemeinderat	29.01.2026	öffentlich

Aktionsprogramm Sichere und Saubere Stadt
Sachstandsbericht zur Neuauflage des Programms

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zum Aktionsprogramm Sichere und Saubere Stadt zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen des Vorhabens auf den Haushalt:	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Produktsachkonto:	56100700
Für Vergaben zur Verfügung:	20.000 €
inklusive vorstehender Vergabe erforderliche Mittel:	€
über-/außerplanmäßig erforderliche Mittel:	€
Deckungsmittel (PSK):	€
Deckungsmittel (PSK):	€
Deckungsmittel (PSK):	€
Zusätzliche Folgekosten (Jahr):	€

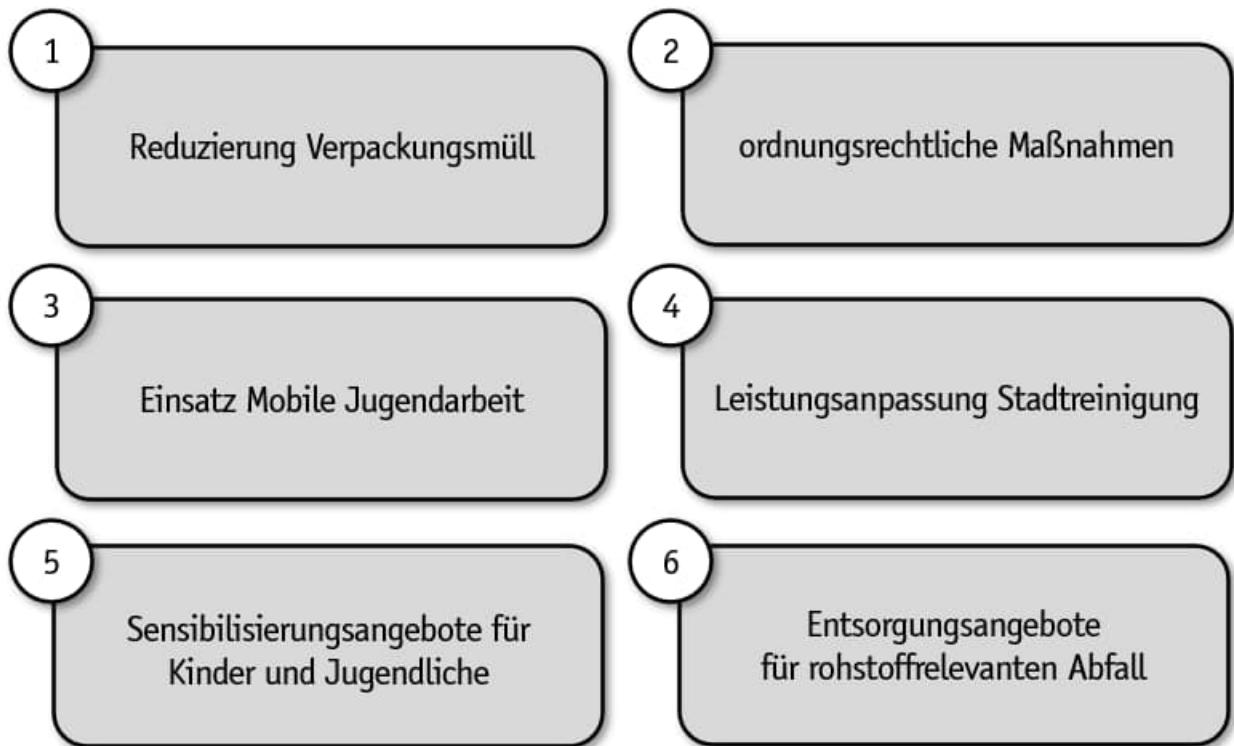
Detaillierte Darstellung der finanziellen Auswirkungen in der Begründung

Erster Bürgermeister:	Sichtvermerke:				
	I	II	IV	30	
Datum/Unterschrift	Kurzzeichen Datum				

Begründung:

Im Rahmen der Beratung zur Backnanger Klimastrategie im vergangenen Jahr wurde eine Neuauflage des Aktionsprogramms „Saubere Stadt“ aus dem Jahr 2017 angeregt. Die Verwaltung hat dies unter dem ergänzten Titel „Sichere und Saubere Stadt“ aufgegriffen und legt mit dieser Vorlage einen ersten Sachstandsbericht vor.

Aktuell sind sechs Handlungsfelder definiert:



Über die Handlungsfelder eins und zwei wird im Folgenden berichtet.

1. Reduzierung Verpackungsmüll

Aus der Mitte des Gemeinderates war die Frage aufgeworfen worden, ob der Anteil an Lebensmittelverpackungen am täglichen Müllaufkommen in der Innenstadt eine relevante Größe darstelle. Die Verwaltung hatte zugesagt, dies durch eine entsprechende Analyse zu verifizieren.

An zwei Tagen im Oktober wurde der Müll aus den städtischen Mülleimern in der Innenstadt sowie der im Straßenraum aufgesammelte Müll händisch sortiert. Mit nur unwesentlicher Abweichung an den beiden Tagen ergab die Analyse, dass 18 Prozent des Mülls aus weggeworfenen Lebensmittelverpackungen bestand (80 kg von 440 kg). Für den Leerungsintervall eines Müllbehälters ist aber das Volumen und nicht das Gewicht relevant. XL-Becher, Menüschenalen und Pizzakartons verstopfen schnell den Einwurf und machen einen Tausch des Müllsacks nötig. Nur so lässt sich eindämmen, dass Müll neben die – vermeintlich vollen – Behälter geworfen wird. Vergleicht man das Volumen des sortierten Mülls, ist der Anteil der weggeworfenen Lebensmittelverpackungen wesentlich höher – er liegt bei 42 Prozent.

Aus Sicht der Verwaltung macht das Ergebnis dieser Müllanalyse deutlich, dass die Reduzierung von Einweglebensmittelverpackungen ein relevanter Hebel für mehr Sauberkeit in der Stadt ist.

Um die Kaufvorgänge ohne Einwegverpackung zu erhöhen, soll eine Kampagne in Kooperation mit relevanten Betrieben gestartet werden. Dabei werden sowohl die sogenannten To-Go-Geschäfte (Lebensmittel zum sofortigen Verzehr) als auch die Thekengeschäft (Einkäufe auf dem Wochenmarkt und in Metzgereien und Bäckereien) in den Blick genommen.

Die Verwaltung hat bereits mit einigen Händlerinnen und Händlern erste Gespräche geführt. Dabei wurde deutlich, dass diese ein großes Interesse an einer sauberen Innenstadt haben und bereit sind, durch eigene Aktivitäten die Kampagne zu unterstützen. Ergänzend zum geplanten Kampagnenschwerpunkt in der Innenstadt konnte auch bereits ein großer Fastfoodanbieter am Stadtrand als Unterstützer gewonnen werden.

Ziel der Kampagne ist die spürbare und messbare Reduzierung des anfallenden Verpackungsmülls und die Reduzierung des wilden Mülls auf der Straße und in Grünanlagen. Deshalb ist beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit den beteiligten Betrieben Kennzahlen für eine Erfolgskontrolle zu erarbeiten. Die Aktionen sollen zunächst auf ein Jahr befristet werden, wobei der Start voraussichtlich im März 2026 erfolgen kann.

Die konkreten geplanten Aktivitäten werden in der Präsentation im Rahmen der Gremienberatung erläutert.

2. Ordnungsrechtliche Maßnahmen

Bereits im Rahmen der Vorstellung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik wurde angekündigt, die Kontrollgänge des städtischen Vollzugsdienstes in der Innenstadt zu verstärken. Inzwischen wurden die Kontrollzeiten um **20,5 Stunden pro Woche** für Kontrollgänge erhöht.

Der Vollzugsdienst setzt dabei vor allem auf Prävention. Dies bedeutet: Der Vollzugsdienst spricht Bürgerinnen und Bürger direkt an, klärt auf und macht auf mögliches Fehlverhalten aufmerksam.

Bei den Kontrollgängen wird besonders auf folgende Themen geachtet:

- illegale Müllentsorgung
- Lärmbelästigungen
- Beschädigungen und Vandalismus
- falsche Nutzung öffentlicher Einrichtungen
- Kontrolle des ruhenden Verkehrs

In welchen Gebieten die Kontrollgänge des städtischen Vollzugsdienstes stattfinden, wird in der Präsentation erläutert.

Die Verwaltung wird die Höhe der aktuellen Bußgeldsätze überprüfen und dem Gemeinderat einen Vorschlag machen, wie diese bis zum höchstmöglich zulässigen Maß angepasst werden können. Davon soll das unmissverständliche Signal ausgehen, dass das Wegwerfen von Müll kein Kavaliersdelikt ist und großen gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Schaden anrichtet, der nicht geduldet werden kann.

3. Kosten und weiteres Vorgehen

Im Haushaltsentwurf 2026 sind für die Mehrwegkampagne Mittel in Höhe von 20.000 Euro beantragt. Diese sollen insbesondere für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden.